

Bekanntmachung

zum Bebauungsplan Nr. 1 „Albersloh Ost“ , 4. Änderung

hier: **Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 (2) BauGB, sowie die TÖB- Beteiligung gem. § 4 BauGB.**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt des Rates der Stadt Sendenhorst hat in öffentlicher Sitzung am 30.08.2016 die allgemeine Offenlage nach § 3 (2) BauGB, sowie die TÖB- Beteiligung gem. § 4 BauGB zum Verfahren für die 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 1 „Albersloh Ost“ beschlossen.

Inhalt der Planänderung ist die Umwandlung einer brachliegenden, an dieser Stelle auch städtebaulich nicht mehr gewünschten Gewerbefläche in ein Mischgebiet. Gleichzeitig soll der Geltungsbereich geringfügig nach Süden erweitert werden. Bei der Erweiterungsfläche handelt es sich zum großen Teil um eine heute bereits versiegelte Fläche, die derzeit zwar planungsrechtlich noch dem Außenbereich zuzuordnen ist, aber bis zur Betriebsaufgabe gewerblich genutzt wurde. Die bestehenden Festsetzungen zur Geschossigkeit, GRZ / GFZ Dachformen und First- und Traufhöhen werden übernommen.

Die Grundzüge der Planung werden durch die Änderung nicht berührt. Die Durchführung erfolgt im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a (Wiedernutzbarmachung einer Gewerbebrache) BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB. Von dem Umweltbericht nach § 2 a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 6 Abs. 5 Satz 3 BauGB und § 10 Abs. 4 BauGB wird gemäß § 13 Abs.3 Satz 1 BauGB abgesehen, § 4 c BauGB ist gemäß § 13 Abs. 3 Satz 2 BauGB nicht anzuwenden.

Für das Plangebiet liegt eine artenschutzrechtliche Prüfung vor, in der mögliche Konflikte gem. § 44 BNatSchG, die bei der Durchführung der Planung entstehen könnten, geprüft wurden. Erforderliche Maßnahmen um bei Durchführung der Planung nicht gegen § 44 BNatSchG zu verstoßen sind im Gutachten aufgeführt.

Der Geltungsbereich ist in dem beigelegten Übersichtsplan kenntlich gemacht.

Die Entwürfe des Bebauungsplans und der zugehörigen Begründung liegen in der Zeit vom

14.10.2016 bis einschließlich 14.11.2016

in der Stadtverwaltung, Dienstbereich 6 – Planen, Bauen, Eigenbetriebe, Zimmer 309, Kirchstraße 1, 48324 Sendenhorst, öffentlich aus, und zwar

montags bis freitags	08:30 Uhr – 12:30 Uhr,
mittwochs zusätzlich	14:30 Uhr – 16:00 Uhr und
donnerstags zusätzlich	14:30 Uhr – 18:00 Uhr.

Während dieser Auslegungsfrist können zu den Planentwürfen Stellungnahmen schriftlich vorgebracht oder während der oben genannten Dienststunden oder nach Terminvereinbarung mündlich zu Protokoll gegeben werden. Zugleich wird während dieser Zeit Gelegenheit zur Erörterung der Ziele und Zwecke sowie der wesentlichen Auswirkungen der beabsichtigten Planungen gegeben.

Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können gem. §§ 3 Abs. 2 und 4a Abs. 6 BauGB bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben, sofern die

Gemeinde deren Inhalt nicht kannte oder hätte kennen müssen und der Inhalt für die Rechtmäßigkeit des Bebauungsplanes nicht von Bedeutung ist.

Gemäß § 3 Abs. 2 BauGB ist ein Normenkontrollantrag nach § 47 Abs. 2 a der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden könnten.

Bekanntmachungsanordnung gemäß § 2 Abs. 4 Bekanntmachungsverordnung

Erklärung

Der Offenlagebeschluss für die allgemeine Offenlage nach § 3 (2) BauGB, sowie die TÖB-Beteiligung zum Verfahren für den Bebauungsplan Nr. 1 „Albersloh Ost“, 4. Änderung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Hinweise

1. Gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GONW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV.NRW S.666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18.09.2012 (GV.NRW.S.436), kann eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der GONW gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt ,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

2. Gemäß § 209 BauGB haben Eigentümer und Besitzer zu dulden, dass Beauftragte der zuständigen Behörden zur Vorbereitung der von ihnen nach diesem Gesetzbuch zu treffenden Maßnahmen Grundstücke betreten und Vermessungen, Boden und Grundwasseruntersuchungen oder ähnliche Arbeiten ausführen.

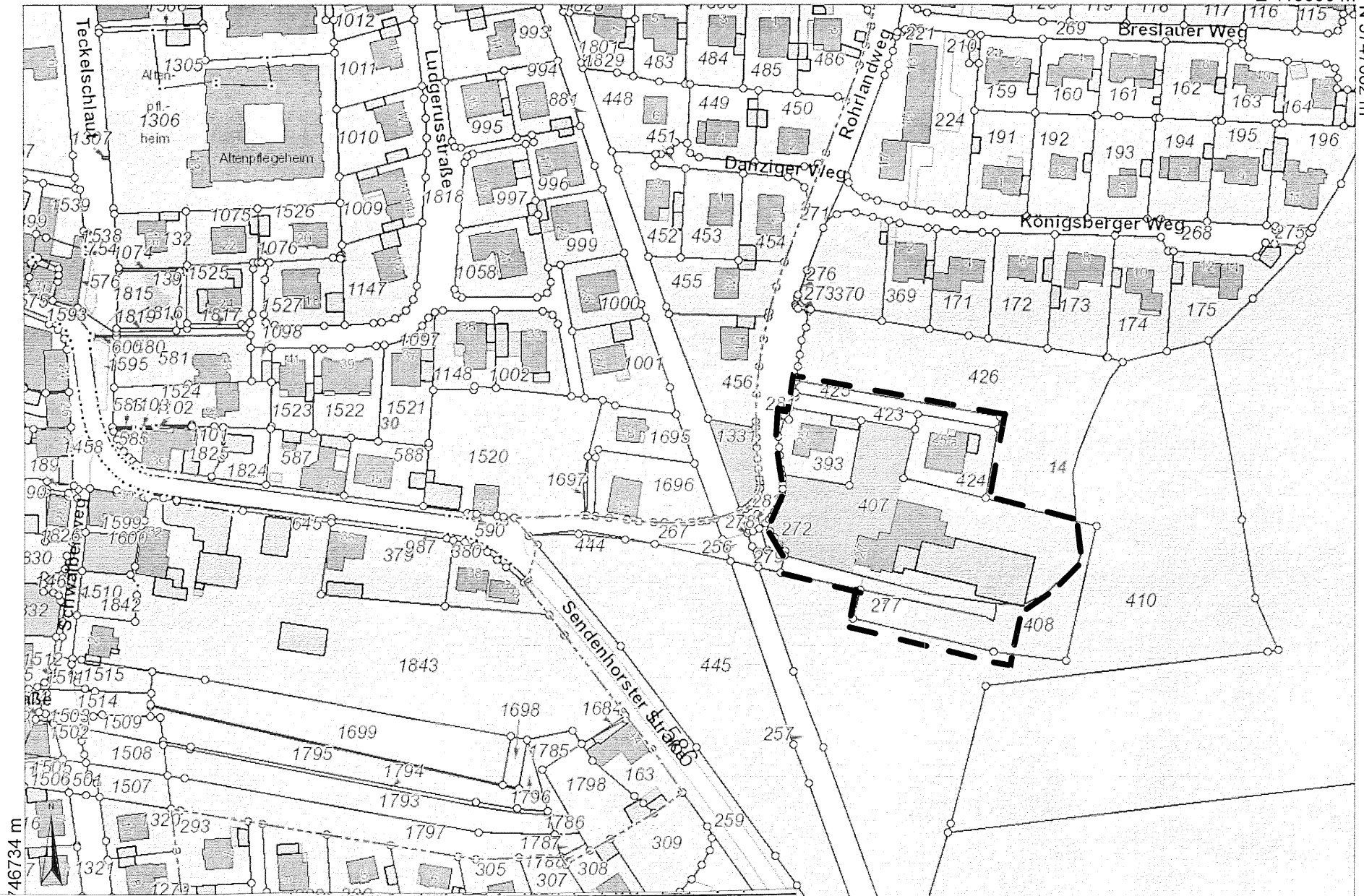
Übereinstimmungsbestätigung / Bekanntmachungsanordnung gemäß § 2 Abs. 3 Bekanntmachungsverordnung (BekanntmVO)

Der vorstehende Offenlagebeschluss zur allgemeinen Offenlage nach § 3 (2) BauGB, sowie die TÖB- Beteiligung zum Verfahren für den Bebauungsplan Nr. 1 „Albersloh Ost“, 4. Änderung stimmt mit dem Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt vom 30.08.2016 überein. Der Beschluss ist ordnungsgemäß zustande gekommen.

Sendenhorst, den 05.10.2016

gez. Berthold Streffing
(Bürgermeister)

E 413390 m
N 5747082 m



Bebauungsplan Nr. 1 „Albersloh Ost“ , 4. Änderung

— — — Grenze des Geltungsbereichs

1:2.000